

RS Vwgh 1997/11/19 97/09/0169

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 19.11.1997

Index

10/01 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)

10/07 Verwaltungsgerichtshof

40/01 Verwaltungsverfahren

Norm

AVG §51a;

B-VG Art129a;

EGVG Art8;

EGVG Art9;

VwGG §47 Abs5;

Hinweis auf Stammrechtssatz

GRS wie VwGH E 1993/04/26 92/10/0456 1

Stammrechtssatz

Der unabhängige Verwaltungssenat ist zwar organisatorisch eine Landesbehörde; für welchen Rechtsträger er jeweils handelt, richtet sich aber nach dem Gegenstand des Verfahrens und den in diesem Verfahren zu vollziehenden Rechtsvorschriften. Erging der in Vollziehung des § 51a AVG erlassene Bescheid im Zuge eines Verfahrens, dessen Gegenstand Übertretungen nach Art 8 und Art 9 waren, ist die belangte Behörde sowohl für den Bund (Art 9) als auch für das Land (Art 8) tätig geworden. Der vom Bf gem § 57 Abs 5 VwGG zu leistende Aufwandersatz ist daher je zur Hälfte auf diese beiden Rechtsträger aufzuteilen.

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1997:1997090169.X03

Im RIS seit

20.12.2000

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>